



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Verbindliche 50-Prozent-Quote für Bio-Lebensmittel in staatlichen Kantinen einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den staatlichen Kantinen ab 2026 eine verbindliche 50-Prozent-Quote für den Einkauf und die Verarbeitung von (möglichst regional) erzeugten Bio-Lebensmitteln einzuführen, um den Ausbau des Ökolandbaus in Bayern zu beschleunigen.

Begründung:

Im Nachgang zu dem Volksbegehren zum Schutz der Artenvielfalt trat am 1. August 2019 ein verbessertes Naturschutzgesetz für den Freistaat in Kraft. Ein Ziel in dem Maßnahmenpaket ist die Ausweitung des ökologischen Landbaus bis 2025 auf mindestens 20 Prozent, bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Davon ist die Staatsregierung weit entfernt: Laut dem Landesamt für Umwelt betrug der Anteil 2023 knapp über 14 Prozent.

Damit die 30-Prozent-Marke in den kommenden knapp fünf Jahren noch erreicht werden kann, sollte der Staat eine Vorreiterrolle übernehmen und für eine höhere Abnahme sorgen, indem er über eine verbindliche Quote den Anteil an Bio-Lebensmitteln in staatlichen Einrichtungen, allen voran in den Kantinen der Staatsministerien, erhöht.

Wie eine Anfrage zum Plenum ergab, hat sich der Einsatz von regionalen, aber konventionellen Lebensmitteln in den Kantinen der Staatsministerien von 2022 auf 2023 zwar erhöht, lag aber durchschnittlich dennoch unter 50 Prozent. Noch schlechter schneidet der Bio-Anteil an Lebensmitteln ab. Hier ist mit Ausnahme der Kantine des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus der Anteil sogar zurückgegangen bzw. in etwa gleichgeblieben.

Was die staatlichen Kantinen im Allgemeinen angeht, lag der Anteil an regional-konventioneller Ware bei durchschnittlich 42 Prozent, der Anteil an bio-regionaler Ware bei nur neun Prozent. Es ist also anzunehmen, dass die Staatsregierung ihr selbstgestecktes Ziel, dass bis 2025 die Hälfte der eingesetzten Lebensmittel aus der Region oder aus ökologischer Produktion stammen, verfehlt.

Dass Produkte aus regionaler Erzeugung verstärkt verwertet werden, ist zwar wichtig und richtig, trägt aber nicht zum ebenfalls angestrebten Ausbau des Ökolandbaus bei. Mit einer verbindlichen 50-Prozent-Bio-Quote für den Lebensmitteleinkauf für staatliche Kantinen, angefangen bei den Staatsministerien, würde der Staat das Ziel, den Bio-Anteil bei den Lebensmitteln in den Kantinen zu steigern, in naher Zukunft erreichen.

Als Großabnehmer mit Vorbildfunktion schafft er damit Planungssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe.

Mehr Bio in den Kantinen bedeutet zudem weniger Pestizide und Kunstdünger und damit gesündere Böden sowie die Förderung der Artenvielfalt. Eine 50-Prozent-Quote für Lebensmittel in staatlichen Kantinen ist somit auch ein Bekenntnis zur ernsthaften Umsetzung des Volksgehrens in Kooperation mit einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Landwirtschaft, die Umwelt- und Verbraucherschutz mitdenkt.